

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 26. Mai 2014

Verfasser: Jörg Mäder

Kantonales Betreibungsregister (Michael Zeugin)

Heute konnten wir einen erfreulich grosse Mehrheit für ein glp-Anliegen hinter uns scharen.

Ein Schuldner, der in seiner Gemeinde im Betreibungsregister verzeichnet ist, kann einfach den Wohnort wechseln und dort mit 'weisser Weste' starten. Dieser Umstand ist störend, weshalb unser Kantonsrat Michael Zeugin (Winterthur) ein kantonales Betreibungsregister forderte. Der Rat hat sich heute mit 104:65 Stimmen diesem Anliegen angeschlossen. Der Regierungsrat wollte auf eine nationale Lösung warten. Der Rat schätzt die Wartezeit als zu hoch ein, falls sie denn überhaupt zu einem Ende kommt, und möchte schneller eine Lösung haben, auch wenn sie nur kantonal ist. Die Grünliberalen forderten den Regierungsrat aber zusätzlich auf die Zürcher-Lösung so zu gestalten, dass sie mit wenig Aufwand auch in anderen Kantonen oder gar national eingesetzt werden könnte.

Gemeindeautonomie bei Wahlen

Die glp ist gegen unnötige Vorschriften gegenüber den Gemeinden auf Vorrat. Heute kann eine Gemeinde, wenn bei einer Wahl ein leerer Stimmzettel verteilt wird, ein Beiblatt mit den Namen der Kandidierenden mit verschicken. Sie muss aber nicht. Jede Gemeinde kann das ihrer Gemeindeordnung regeln. Ein Vorstoss wollte diese Kann-Regelung zur Pflicht machen. Der Rat folgte diesem Anliegen aber nicht und belies diese Entscheidung in der Autonomie der Gemeinden.

Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht

Die Frage, welche Aufgaben der Kanton und welche die Gemeinden übernehmen soll, ist eine Frage die immer wieder neu betrachtet und beantwortet werden muss. Aus diesem Grund wird alle 4 Jahre ein entsprechender Bericht erstellt. Die glp begrüsst diesen. Weiterhin vertritt sie mit Nachdruck das Prinzip der Subsidiarität (so weit unten wie möglich, so weit oben wie notwendig) und den Grundsatz „Wer zahlt befiehlt“.

ZKB

Zum Abschluss der Diskussion um das Kantonalkbankgesetz gab es zwei Rückkommensanträge. Der erste versuchte in einem letzten Akt das sogenannte Partizipationskapital weiterhin zu erlauben. Eine Allianz aus SVP/SP/Grüne verhinderte diesen sinnvollen Weg zu Sicherung des Eigenkapitals der ZKB aber. Der zweite Antrag hingegen war erfolgreich und regelte das Amtsgeheimnis zwischen ZKB, Kantonsrat und deren Kommission.

(für weitere Informationen – Ratsberichte vom 7. / 14. April)

Sozialhilfe

Die Kosten der Sozialhilfe wird für viele Gemeinden immer problematischer. Der Kanton macht sehr präzise Vorschriften, so dass die Gemeinde vor Ort fast keinen Spielraum mehr hat. Die Kosten aber haben die Gemeinden zu tragen. Dies widerspricht dem Grundsatz „Wer zahlt befiehlt“. Eine Behördeninitiative aus Winterthur will dies ändern. Die glp unterstützt, dass man die Sozialhilfe und ihre Finanzierung als Ganzes überdenkt, auch wenn der konkrete Vorschlag aus Winterthur nur bedingt überzeugt. Im Rat kamen mit 41 Stimmen zu wenige für eine vorläufige Unterstützung zusammen. Ein von unserem Christoph Ziegler (Elgg) eingereichtes Postulat (das noch gar nicht zur Diskussion stand) wurde immer wieder als zielführenden Ansatz gelobt. Das Thema bleibt also aktuell.